

Publikation: Freie Presse
Lokalausgabe: Chemnitzer Zeitung
Erscheinungstag: Mittwoch, den 15. März 2006
Seite: 11

Stadtumbau im Visier des Rechnungshofes

Schwere Vorwürfe der Rechnungsprüfer gegen Stadtverwaltung: Fördermittel angeblich unrechtmäßig verwendet

Von Michael Müller

Der Sächsische Rechnungshof erhebt schwere Vorwürfe gegen die Stadtverwaltung, weil Fördergelder für den Stadtumbau nicht ordnungsgemäß eingesetzt worden sein sollen. Laut einer internen Mitteilung der Prüfer hat die Stadt von 99 Objekten, deren Abriss im Jahre 2003 über das Programm Stadtumbau-Ost gefördert wurde, weniger als ein Drittel ordnungsgemäß abgerechnet. Nach vorläufigen Berechnungen flossen nach Ansicht des Rechnungshofes Fördermittel in Höhe von knapp 800.000 Euro zu unrecht. Sogar von Subventionsbetrug ist die Rede.

Die Stadtverwaltung schätzt die Lage allerdings völlig anders ein. Die erhobenen Vorwürfe könnten aus Sicht der Stadt nicht bestätigt werden, sagte Grit Stillger vom zuständigen Amt für Baukoordinierung mit Verweis auf die Erfahrungen der Stadt in 15 Jahren Stadtumbau, der mit insgesamt mehr als 150 Millionen Euro gefördert worden sei. Auch Rathaussprecher Andreas Bochmann ging mit Verweis auf das laufende Verfahren nicht auf Details ein, betonte aber, die Verwaltung sei überzeugt, richtig gehandelt zu haben. Überdies werde die Stadt im Rahmen des Verfahrens den Sachverhalt sicher aufklären können.

Für die Rechnungsprüfer indes steht "die Zuverlässigkeit der Stadt beim Fördermitteleinsatz" in Frage. Solange diese "nicht gewährleistet ist, dürfen keine weiteren Mittel ausgereicht werden", heißt es. Der Sächsischen Aufbaubank (SAB) empfiehlt der Rechnungshof, eine Rückzahlung zu viel ausgereichter Fördermittel zu prüfen.

Um den Bestand an überzähligen Mietwohnungen zu reduzieren, hatten Bund und Land im Rahmen des Programms Stadtumbau-Ost für den Abriss leer stehender Wohnhäuser bis 2004 eine Pauschale von 70 Euro pro Quadratmeter rückgebauter Wohnfläche zur Verfügung gestellt. Das städtische Amt für Baukoordinierung beantragte die Gelder bei der SAB und reichte sie an die jeweiligen Eigentümer und Maßnahmeträger - Privatleute oder Wohnungsgesellschaften - weiter. Dabei war unter anderem zu prüfen, ob deren Angaben zutreffen und alle Fördervoraussetzungen erfüllt sind. Dennoch sollen allein bei jedem dritten Objekt nicht allein die Wohnflächen abgerechnet worden sein, sondern auch Flure, Außentoiletten, Schuppen, Waschhäuser sowie außerhalb der Wohnungen gelegene Abstellräume. Bei weiteren Häusern fehlte die Flächenberechnung ganz, bei elf Objekten seien die Angaben überhöht gewesen. Zweimal habe man nicht förderfähige Gewerbeflächen als Wohnraum abgerechnet.

Damit, so unterstellt der Rechnungshof, habe die Stadt wissentlich überhöhte Wohnflächen in den Förderanträgen angegeben und von sich aus unberechtigt Fördergelder zu Lasten des Bundes und des Landes ausgegeben. Wenngleich es Probleme mit dem Programm Stadtumbau-Ost auch andernorts gegeben habe, seien Vorgänge "in dieser Form bei anderen sächsischen Kommunen nicht angetroffen" worden.

Der größte Teil an möglicherweise ungerechtfertigt beantragten Mitteln floss den Prüfern zufolge in den Abriss von Ruinen und baufälligen Häusern. Der Bericht listet dazu rund 20 Objekte auf, für die mehr als eine halbe Million Euro an Fördermitteln beantragt worden sind. In keinem der Fälle, so das Urteil der Prüfer, habe es sich um eine Reduzierung des Mietwohnbestandes gehandelt, wie im Förderprogramm verlangt.

Welche Konsequenzen Aufbaubank und Innenministerium in Bezug auf die Chemnitzer Fördermittelpraxis ziehen werden, ist von weiteren Prüfungen abhängig. Deren Ergebnis erwartet Annett Schmidt von der zuständigen Prüfungsabteilung nicht vor Mitte des Jahres. Die Stadtratsfraktion der Bündnisgrünen hat unterdessen zur Aufklärung der Vorwürfe eine Anfrage an die Stadtverwaltung gestellt. Die Antwort steht noch aus.